

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Kowalleck (CDU)

und

Antwort

des Thüringer Ministeriums für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft

Unterstützung für den Standort eines regionalen Unternehmens der Stahlherstellung in Unterwellenborn (Landkreis Saalfeld-Rudolstadt)

Ein in Unterwellenborn ortsansässiges Unternehmen der Stahlherstellung hat nach Medienberichten (vergleiche zum Beispiel Berichterstattung der Ostthüringer Zeitung vom 25. Februar 2020) im vorigen Jahr leichte Einbußen in der Produktionsmenge sowie bei Umsatz und Ertrag hinnehmen müssen. Nach dem außerordentlich erfreulichen Jahr 2018 sei das Jahr 2019 auch gut gewesen, jedoch habe man die vorherigen Erwartungen nicht vollständig einlösen können. Die Menge des produzierten Stahls im größten Unternehmen des Landkreises sinke unter 800.000 Tonnen Formstahl. Personal und Investitionen blieben aber stabil.

Das **Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft** hat die **Kleine Anfrage 7/397** vom 10. März 2020 namens der Landesregierung mit Schreiben vom 24. April 2020 beantwortet:

1. Welche Bedeutung hat für die Landesregierung der Standort des eingangs genannten Unternehmens und der Industrieregion Saalfeld-Rudolstadt?

Antwort:

Das Stahlwerk in Unterwellenborn hat als einziger Stahlproduzent im Freistaat Thüringen und als Zulieferer für regionale und überregionale Unternehmen eine große struktur- und arbeitsmarktpolitische Bedeutung mit vielfältigen direkten und indirekten Effekten sowohl für den Freistaat Thüringen als auch die Region Saalfeld-Rudolstadt.

Die Stahlwerk Thüringen GmbH (SWT) ist mit circa 740 Beschäftigten der wichtigste Arbeitgeber im verarbeitenden Gewerbe im Landkreis Saalfeld-Rudolstadt und ist somit prägend für den Landkreis und dessen Industriestruktur.

2. Welche Herausforderungen ergeben sich momentan für den Stahlstandort Thüringen aufgrund der internationalen Lage und der Mitbewerber?

Antwort:

Das Stahlwerk in Unterwellenborn hat seit 1990 mehrfach wirtschaftlich schwierige Zeiten erlebt. Es ist trotz schwieriger Rahmenbedingungen national wie international wettbewerbsfähig.

Die Stahlindustrie in Europa und Deutschland steht vor Umbrüchen, die durch globale Überkapazitäten, Dumping- und Subventionspraktiken von Drittstaaten, Handelsumlenkungen infolge der US-Strafzölle, durch umwelt- und klimaschutzpolitisch erforderliche Festlegungen und die aktuelle Corona-Virus-Pandemie ausgelöst wurden beziehungsweise werden. Diesen Rahmenbedingungen kann sich auch der Stahlstandort Thüringen nicht entziehen.

Im Gegensatz zu vielen anderen deutschen Stahlwerken verarbeitet das SWT Stahlschrott mittels eines (Gleichstrom-)Lichtbogenofens, wofür große Mengen an Strom benötigt werden. Insoweit stellt die Verfügbarkeit von Strom in der erforderlichen Menge und zu wettbewerbsfähigen Preisen auch zukünftig eine große Herausforderung, insbesondere für den Thüringer Standort, dar.

3. Welche Entwicklungsperspektiven sieht die Landesregierung für den Stahlstandort und die Industrieregion Saalfeld-Rudolstadt?

Antwort:

Die Region Saalfeld-Rudolstadt hat eine zentrale Lage in einem der größten und kaufkraftstärksten Märkte der Welt und gehört zu den wichtigsten Industrieregionen in Thüringen. Einige strukturpolitisch bedeutsame Industrieunternehmen haben ihren Sitz in der Region.

Mit Unterstützung der Landesentwicklungsgesellschaft Thüringen mbH (LEG) konnten in der Industrieregion Saalfeld-Rudolstadt zahlreiche strukturprägende und technologisch führende Unternehmen angesiedelt beziehungsweise bei Erweiterungsprojekten begleitet werden. Hierzu zählen unter anderem die Widia GmbH Königsee/Kennametal-Gruppe, die TRUMPF Medizin Systeme GmbH & Co.KG, die Königsee Implantate GmbH, die Otto Bock Mobility Solutions oder die AEROPHARM GmbH.

Prägend für die Industrieregion Saalfeld-Rudolstadt ist neben dem Industrie- und Gewerbepark Maxhütte (MHU) der Industrie- und Gewerbepark "Rudolstadt-Schwarza", an dem Unternehmen angesiedelt wurden, die speziell auf die Kompetenzen der Textilfaserherstellung und die Infrastruktur eines Chemieparks angewiesen sind, zum Beispiel die STFG Filamente GmbH, die Papierfabrik Adolf Jass Schwarza GmbH, die TALGA Resources Limited, die J.C. Binzer GmbH & Co. KG. Auch hier gibt es noch Flächenreserven und laufende Gespräche mit potenziellen Interessenten.

Herausragend für diesen Industriestandort ist auch das TITK - Thüringisches Institut für Textil- und Kunststoffforschung Rudolstadt, das sich zu einem anerkannten Institut für polymere Funktions- und Konstruktionswerkstoffe entwickelt hat.

Für die Fortsetzung dieser positiven Entwicklung ist es entscheidend, die strukturbestimmenden Unternehmen in der Region zu halten. Eine wichtige Rolle kann dabei der im Januar 2020 gegründete Verein "SaaleWirtschaft e. V." übernehmen, der die Zukunftschancen der Region vor allem in Bezug auf Industrie, Innovation und Digitalisierung stärker in den Fokus rücken und auf Basis der in der Region vorhandenen Kompetenzen zukunftsfähige Lösungen erarbeiten möchte.

Erschlossene und sofort verfügbare Flächen im Industrie- und Gewerbepark Maxhütte Unterwellenborn beziehungsweise Rudolstadt-Schwarza bieten Investoren Erweiterungsmöglichkeiten bestehender Unternehmensstandorte oder Ansiedlungsmöglichkeiten für neue Unternehmen.

4. Welche Maßnahmen wurden von der Landesregierung ergriffen, um den Stahlstandort und die Industrieregion Saalfeld-Rudolstadt zu stärken?

Antwort:

Im Februar 2019 trat Thüringen der Allianz der deutschen Stahlländer bei. Diese tritt für eine auch künftig wettbewerbsfähige und klimafreundliche deutsche Stahlindustrie ein und möchte der Verlagerung von Wertschöpfung und Beschäftigung in Drittstaaten mit niedrigeren Standards durch die Schaffung geeigneter Rahmenbedingen auf EU- und Bundesebene entgegentreten. Dazu zählen unter anderem Forderungen wie die Schaffung fairer Wettbewerbsbedingungen (Level-Playing-Field), weitere Anpassung der Handelsschutzinstrumente bei der Überprüfung der Zollkontingente durch die KOM, Schutz der heimischen Stahlindustrie in Bezug auf die geforderte Klimaneutralität, Forderung nach einer bis 2030 reichenden Kompensation der emissionshandelsbedingten Stromkostensteigerungen, Schaffung von Planungssicherheit für die heimischen Unternehmen und damit auch die Erhaltung von Arbeitsplätzen sowie Maßnahmen der Förderung und Unterstützung über den gesamten Transformationsprozess. Im Fokus der Allianz steht auch die Vermeidung nationaler Alleingänge. Hierfür will sich die Allianz auf europäischer Ebene mit anderen Regionen der Stahlherstellung austauschen. Die Thüringer Landesregierung unterstützt diese Bemühungen .

In Unterwellenborn erwarb die Landesentwicklungsgesellschaft zu Beginn der Neunzigerjahre zunächst nicht vom Stahlwerk benötigte Flächen mit dem Ziel der Entwicklung eines modernen Industriestandortes. Ähnlich verhielt es sich in Rudolstadt-Schwarza, auch hier entschied die Landesregierung 1994, dass der Standort des ehemaligen Chemiefaserkombinates in Schwarza von der LEG Thüringen zu übernehmen und zu einem modernen Industriestandort zu entwickeln ist. Seit Mitte der Neunzigerjahre wurden zahlreiche Ansiedlungs- und Erweiterungsprojekte in der Region begleitet, die mit Investitionen von mehreren 100 Millionen EURO und mit der Schaffung und dem Erhalt von mehreren Tausend Arbeitsplätzen verbunden sind (vergleiche auch die Antwort zu Frage 3).

Das Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft hat sowohl die umfangreichen Investitionen in die wirtschaftsnahe Infrastruktur als auch zahlreiche Investitionsmaßnahmen der heute im Landkreis Saalfeld-Rudolstadt ansässigen Unternehmen gefördert. Auch die im September 2019 stattgefundenen Veranstaltungsreihe "SaaleWirtschaft - Industrie.Zukunft.Digital" wurde im Rahmen der bundesweiten Woche der Industrie unterstützt. Aus dieser Aktivität ist die Industrie- und Wirtschaftsallianz "SaaleWirtschaft e.V." hervorgegangen.

Gemäß dem derzeit gültigen Regionalplan der Regionalen Planungsgemeinschaft Ostthüringen soll das Industrie- und Gewerbegebiet in Unterwellenborn als "bedeutsame Potenzialfläche mit hoher regionaler Priorität weiterentwickelt werden" (Grundsatz G 2-10 Regionalplan Ostthüringen). Mit dem Entwurf zum künftigen Regionalplan Ostthüringen beabsichtigt die Regionale Planungsgemeinschaft Ostthüringen, dieses Gebiet als "Regional bedeutsames Industrie- und Gewerbegebiet RIG-10 Unterwellenborn (Maxhütte)" mit einem Ziel der Raumordnung regionalplanerisch zu sichern. Damit werden die planerischen Grundlagen und die regionale Prioritätensetzung für die Fortsetzung der positiven wirtschaftlichen Entwicklung des Standortes geschaffen und fixiert.

5. Inwieweit unterstützt die Landesregierung die bessere Verkehrsanbindung des eingangs genannten Unternehmens und der Region Saalfeld-Rudolstadt auf der Straße und auf der Schiene?

Antwort:

Die Region Saalfeld-Rudolstadt wird über die Bundesstraßen (B) 85 und 88 an die Autobahn A 4, über die B 90n an die A 71 sowie die B 281 an die A 9 angebunden. Diese sollen schrittweise durch Neu- und Ausbaumaßnahmen leistungsfähiger gestaltet werden, um damit die straßenseitige Anbindung der Region einschließlich des genannten Unternehmens an das Autobahnnetz spürbar zu verbessern. Die Straßenbauverwaltung Thüringen ist als Bundesauftragsverwaltung für die Planung und den Bau der Vorhaben im Zuge der Bundesstraßen zuständig. Sie ist im Rahmen der Verfügbarkeit der personellen und finanziellen Ressourcen bestrebt, Planung und Realisierung der Neu- und Ausbaumaßnahmen so schnell wie möglich umzusetzen.

Mit dem Ausbau der L 1048 (zukünftige B 90) und dem Neubau der B 90n im Abschnitt Nahwinden bis A 71, der im Jahr 2017 unter Verkehr genommen wurde, haben der Freistaat Thüringen und der Bund bereits eine neue leistungsfähige Straßenanbindung an das Autobahnnetz für die Region geschaffen.

Das angesprochene Unternehmen wird schienenseitig durch die Strecke Saalfeld–Könitz–Gera erschlossen. Die Landesregierung beabsichtigt, eine eisenbahningenieurtechnische Untersuchung der DB Netz AG zu fördern, um die für die Streckenklasse D4 erforderlichen Traglastberechnungen durchführen zu können. Die Einzelheiten werden gerade mit der DB Netz AG abgestimmt.

Gemäß dem Landesentwicklungsprogramm Thüringen (LEP) 2025 (vergleiche Grundsatz 4.5.6) soll "den Standortvoraussetzungen für die verladende Wirtschaft [...] durch raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen zur Ertüchtigung des Schienengüterverkehrs, insbesondere zur Kapazitätssteigerung sowie zum Erhalt und zum Ausbau erforderlicher Ladestellen, Güterverkehrsbahnhöfe und Anschlussbahnen, Rechnung getragen werden."

Die Landesregierung hat bereits im Jahr 2017 den Runden Tisch Schienengüterverkehr ins Leben gerufen. Dieser soll dazu dienen, eine Austauschplattform zwischen Bahnverladern, Güterbahnen, Infrastrukturbetreibern und politischen Entscheidungsträgern zu schaffen, um Hindernisse und Hemmnisse für die Verlagerung von Gütertransporten auf die Schiene von, nach und durch Thüringen zu beseitigen.

Im Jahr 2019 hat die Landesregierung die Möglichkeit genutzt, das Thema des regionalen Schienengüterverkehrs und dessen Anbindung an die Transnationalen Korridore auch auf europäischer Ebene betrachten zu können. Mit dem von der EU geförderten Projekt "REIF Regional Infrastructure for railway freight transport - revitalised" soll der Austausch zwischen den genannten Akteuren vertieft, konkrete Maßnahmen abgeleitet und Erfahrungen internationaler Partner einbezogen werden. Es sollen Lösungsansätze gefunden werden, um bestehende Defizite und Hindernisse bei der Anbindung regionaler Bahnverlader an die gut ausgebauten Verkehrskorridore abzubauen. Das Stahlwerk in Unterwellenborn ist eingeladen, sich in dieses Projekt beziehungsweise den Prozess einzubringen. Das Projekt REIF muss bis März 2022 abgeschlossen werden.

6. Welche konkreten Maßnahmen sind nach Ansicht der Landesregierung zukünftig notwendig, um eine bessere Verkehrsanbindung des eingangs genannten Unternehmens und der gesamten Region auf der Straße und auf der Schiene zu erreichen?

Antwort:

Zur Erreichung einer besseren Verkehrsanbindung ist die schrittweise Umsetzung der geplanten Straßenneu- und Ausbauprojekte in der Region erforderlich. Das betrifft folgende im Bedarfsplan für die Bundesfernstraßen (BPL) 2016 enthaltenen Straßenbauprojekte:

- B 85 Ausbau Schwarza–Saalfeld (vordringlicher Bedarf)
- B 88 Ortsumgehung (OU) Schwarza-Süd (vordringlicher Bedarf)
- B 88 Ostanbindung Rudolstadt–Kirchhasel (vordringlicher Bedarf)
- B 88 OU Zeutsch B 88 (fest disponierter Bedarf)
- B 88 OU Rothenstein (fest disponierter Bedarf)
- B 88 OU Großeutersdorf (weiterer Bedarf mit Planungsrecht)
- B 88 OU Uhlstädt (weiterer Bedarf mit Planungsrecht)
- B 88 OU Wolfsgefährte (weiterer Bedarf mit Planungsrecht)
- B 281 OU Rockendorf–Krölpa (vordringlicher Bedarf)

Darüber hinaus sind noch folgende Ausbauprojekte in Planung beziehungsweise Bau:

- B 85/88 Ausbau Ortsdurchfahrt (OD) Rudolstadt-Nordost
- B 85/88 Ausbau OD Rudolstadt-Saaldamm
- B 88 Um- und Ausbau Knotenpunkt Altendorf/Schöps
- B 88 Ausbau Orlamünde- (ohne OU Zeutsch)- Uhlstädt
- B 88 Um- und Ausbau Kahla
- B 281 Ausbau bei Könitz mit Beseitigung Bahnübergang
- B 281 Um- und Ausbau Pößneck-Lausitz

Im Bereich der Schienenverbindung muss die Streckenklasse D4 in dem betreffenden Bereich dauerhaft erhalten bleiben, um die erforderlichen Gütertransporte weiter abwickeln zu können.

7. In welchem Zeitraum können diese Maßnahmen nach Ansicht der Landesregierung realisiert werden?

Antwort:

Die Vorhaben des fest disponierten und vordringlichen Bedarfs des BPL 2016 sollen bis 2030 umgesetzt oder zumindest begonnen werden. Die Vorhaben des weiteren Bedarfs mit Planungsrecht können erst nach 2030 umgesetzt werden. Für nachfolgende Vorhaben sind aufgrund des Planungs- und Baustands folgende Aussagen zur zeitlichen Umsetzung möglich:

- B 88 OU Rothenstein einschließlich Um- und Ausbau Knoten Altendorf/Schöps - im Bau, Bauende voraussichtlich 2021/2022
- B 88 OU Zeutsch einschließlich Um- und Ausbau Orlamünde-Uhlstädt - im Bau, Bauende voraussichtlich 2022
- B 85/88 Ausbau Ortsdurchfahrt (OD) Rudolstadt-Nordost - Planfeststellungsbeschluss liegt vor, geplanter Baubeginn 2021/2022
- B 281 Ausbau bei Könitz – Planfeststellungsbeschluss liegt vor, geplanter Baubeginn 2021/2022.

Tiefensee
Minister